



Frauen und soziale Ausgrenzung – Oxfam-Stellungnahme zum NAP 2008

April 2008

Übersetzung ins Deutsche vom Englischen Originaltext.

1. Einleitung

1.1 Oxfam setzt sich für die Überwindung von Armut und Ungleichheit auf der ganzen Welt ein, einschließlich Großbritannien. Wir schärfen das öffentliche Bewusstsein für Armut, um Druck für Veränderungen zu erzeugen. Wir arbeiten mit politischen Entscheidungsträger/innen zusammen, um die Ursachen von Armut anzugehen. Seit 2002 arbeitet Oxfam mit Graswurzel-Aktivist/innen, Gemeindegruppen, Regionalentwicklungs- und Dienstleistungsfachkräften sowie mit politischen EntscheidungsträgerInnen in England, Schottland und Wales an der Verbesserung der Lebensumstände von Frauen und Männern mit dem Hauptaugenmerk auf Geschlechterthemen in Regionalentwicklungsprogrammen zusammen. Oxfam hat sich jetzt mit zwei europäischen Organisationen - WAVE in Österreich und Lamoro in Italien - unter dem Zwei-Jahres-Projekt „Gender Works“ zusammengetan, um die Erfahrungen von Frauen mit sozialer Ausgrenzung in Europa sowie die politischen Prozesse und methodologischen Instrumente zu untersuchen, mit denen soziale Ausgrenzung von Frauen angegangen werden kann. Der Projektbericht erscheint im Herbst 2009 und die Ergebnisse werden in einer Stellungnahme im britischen National Action Plan (NAP) 2010 präsentiert.

1.2 Die Bewältigung der sozialen Ausgrenzung von Frauen ist der Schlüssel zur Bewältigung von Armut unter Frauen. Die Erfahrungen mit Armut sind bei den Menschen je nach ihrem Geschlecht, ihrer Rasse, ihrem Alter und ihrem Wohnort unterschiedlich. Die Bedürfnisse der Menschen, ihre Vermögensverhältnisse und die Hindernisse, denen sie bei der Überwindung von Armut begegnen, sind ebenfalls vom Geschlecht abhängig. In dieser Stellungnahme im britischen National Action Plan 2008 befassen wir uns in erster Linie mit den Erfahrungen von Frauen mit sozialer Ausgrenzung und geben Empfehlungen für eine soziale Einbeziehungspolitik, um den Bedürfnissen einkommensschwacher Frauen gerecht zu werden. Darüber hinaus nehmen wir Stellung zu den von der britischen Regierung angewendeten Methodologien zur Messung sozialer Ausgrenzung und dazu, wie sie verbessert werden könnten, um ein genaueres Bild darüber zu erhalten, warum und in welcher Weise Frauen soziale Ausgrenzung erleben. Die Ausarbeitung und Umsetzung einer Strategie auf der Basis eines Verständnisses der Gründe, wie und weshalb Frauen Armut erleben, wird gewährleisten, dass Interventionen nicht nur den speziellen Bedürfnissen von Frauen nachkommen, sondern noch weiter gehen und die tiefen strukturellen und systemischen Barrieren angehen, die die soziale Ausgrenzung von Frauen verursachen und verstärken.

2. Geschlechter und der NAP-Prozess

Datenerfassung und Disaggregation und Festsetzung von Indikatoren

2.1 Die Europäische Kommission hat den britischen NAP-Berichterstattungsprozess für das Versäumnis einer systematischen Integration der Gleichstellungsperspektive (Gender Mainstreaming) kritisiert, wobei die Regierung im Laufe der Zeit auf unterschiedliche Weise reagiert hat. In diesem Abschnitt befassen wir uns mit allen Aspekten, die Oxfam mit Bezug auf die Datenerfassung und Disaggregation und die Festsetzung von Indikatoren und Analyse als wichtig erachtet, um die soziale Ausgrenzung von Frauen effektiver anzugehen. Außerdem schauen wir uns an, was in den letzten beiden NAP-Runden getan wurde. Unserer Analyse folgen Empfehlungen für künftige Aktionen.

2.2 Oxfam hat gelernt, dass für eine erfolgreiche Erkennung der Sachverhalte, durch die Frauen einer größeren Gefahr für Armut und soziale Ausgrenzung ausgesetzt sind, verschiedene Faktoren gegeben sein müssen. Der erste ist das Sammeln von Daten, um eine aktuelle Übersicht über die Situation von Männern und Frauen in Bereichen sozialer Ausgrenzung wie Beschäftigung, Zugang zu Unterstützungsleistungen, Gesundheit und Bildung zu erhalten. Dies muss sowohl auf Haushaltsebene als auch im öffentlichen Bereich erreicht werden. Der zweite Faktor ist ein Zusammenführen der disaggregierten Daten, um ein Bild darüber zu erhalten, welche unterschiedlichen Erfahrungen Männer und Frauen in Bereichen sozialer Ausgrenzung machen. Der dritte Faktor ist die Analyse dieser Daten, d.h. das Hinausgehen über die zusammengeführten Daten und Kommentare, um zu analysieren, wo es Frauen und Männern im Vergleich miteinander besser oder schlechter geht und um auf der Basis einer kontextbezogenen Analyse nach den Gründen dafür zu suchen. Der letzte Faktor ist die Unterbreitung von Vorschlägen für Strategien, die zur Bewältigung der unterschiedlichen Realität sozialer Ausgrenzung von Frauen und Männern nötig wären.

2.3 Gemäß Oxfams Analyse der letzten beiden „Opportunity for All“-Berichte (Siebter Bericht 2005 und Achter Bericht 2006, Strategie- und Indikatoren-Dokumente) tragen diese etwas zur Erreichung einiger der obigen Faktoren bei, aber nicht ausreichend. Der Siebte Bericht enthielt ein spezielles Kapitel, dessen zentraler Gegenstand Armut und soziale Ausgrenzung von Frauen war, sowie relevante Strategien, die nach Ansicht der Regierung Frauen aus sozialer Ausgrenzung heraushelfen würden. Der Achte Bericht wählte einen anderen Ansatz und berichtete, inwiefern die Situation von Zielgruppen (z.B. Kinder, Menschen im erwerbsfähigen Alter) mit Bezug auf zuvor festgelegte Basislinien gut oder schlecht abschnitt. Dieses Indikatoren-Dokument enthält regelmäßige, aber keine systematischen Kommentare über Geschlechts- und Volkszugehörigkeit mit Bezug auf die Indikatoren.

2.4 Es gibt zwar Lücken in der Verfügbarkeit von geschlechtsspezifischen Daten über soziale Einbeziehung, vor allem auf Haushaltsebene. Das wirkt sich insbesondere auf das Bild darüber aus, wer welche Zuwendungen erhält und ebenso auf das haushaltsinterne Einkommen. Großbritannien verbesserte aber weiterhin seine Datenerfassungsmethoden und -analysen sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene. Geschlechtsbezogene Daten sind jedoch weiterhin lückenhaft verfügbar, unzureichend abgeglichen und analysiert. In den vergangenen Jahren

wurde eine beträchtliche Anzahl von Forschungsberichten^{1 2 3} veröffentlicht, die aufzeigen, dass Frauen weiterhin die Mehrheit in sozial und wirtschaftlich benachteiligten Gruppen darstellen, dennoch gelangen diese Forschungen nicht in einer solchen Weise bis zu einer Analyse und aktiven Politikgestaltung, die einen signifikanten Einfluss auf ihre strukturelle Benachteiligung hat. Zwar sind die Beschlüsse gegen ein Analysieren der und ein Einwirken auf die sozialen Einbeziehung von Frauen in erster Linie politisch, doch könnten die Notwendigkeit und Dringlichkeit durch eine ministerienübergreifende Aktion besser demonstriert werden, die vom DWP als dem für Antiarmuts- und Sozialeinbeziehungspolitik zuständigen Hauptorgan angeregt und unterstützt wird.

Empfehlungen:

- **Ein spezielles Kapitel oder eine spezielle Studie über die Situation von Frauen unter Verwendung der neuesten Untersuchungen der Regierung und externer Stellen in den NAP 2010 einbringen.**
- **Die Forschungs- und Informationserfassungsleistung des DWP und anderer Ministerien verbessern.**
- **Die Tätigkeiten des DWP bezüglich Indikatoren ausbauen, um routinemäßig die Situation von Frauen und ethnischen Minderheiten zu analysieren und kommentieren, und die Ergebnisse im NAP 2010 veröffentlichen.**
- **Eine unabhängige Analyse darüber in Auftrag geben, inwiefern die britische Regierung eine optimale Vorgehensweise beim Behandeln sozialer Ausgrenzung innerhalb der EU zeigt, und den Empfehlungen nachgehen.**
- **Das DWP und Cabinet Office sollten als die Regierungskompetenzzentren in der Studie über soziale Ausgrenzung und Armut in Schlüsselmomenten des Planungs- und Entscheidungsfindungszyklus mit relevanten Ministerien Diskussionen führen, wodurch die soziale Ausgrenzung von Frauen effektiver anvisiert und in der Politikgestaltung behandelt werden könnte.**

Der Beitrag von Frauen zum NAP-Prozess

2.5 Die Regierung hat hart und mit viel Erfolg daran gearbeitet, einkommensschwachen Menschen die Gelegenheit zu geben, einen Beitrag zum NAP-Prozess in Großbritannien zu leisten. Die Unterstützung seitens des Ministeriums für Arbeit und Versorgungsbezüge (DWP) für die Projekte Get Heard⁴ und Bridging the Policy Gap⁵ wurde im Juli 2007 mit der ersten britischen Konferenz für Menschen in Armut fortgesetzt. Auf der zweitägigen Konferenz an der University of Warwick kamen 52 Personen zusammen, um mit Regierungsbeamten/innen über eine Vielfalt von Regierungsstrategien bezüglich sozialer Ausgrenzung zu sprechen. Einundvierzig der Delegierten waren Frauen aus einer Reihe von gemeindlichen Graswurzel-Organisationen aus ganz Großbritannien.

2.6 „Bridging the Policy Gap“ war ein 12-monatiges finanziertes Projekt zur Stärkung des Bewusstseins für europäische Aktionen auf dem Gebiet der sozialen Einbeziehung und des sozialen Schutzes. Unter dem Projekt kamen Beamte/innen aus zentralen, dezentralisierten und lokalen Regierungen, Akademiker/innen und armutserfahrene Menschen sowie deren ehrenamtliche Organisationen zusammen, um zu ermitteln und beurteilen, inwiefern nationale Politiken, die sich mit sozialer Ausgrenzung befassen, auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Im Rahmen des Projekts wurde das europäische „Peer-Review“-Modell angewendet und es wurden

Projekte an vier Standorten beurteilt. Zwei davon befassten sich mit Angelegenheiten, die überwiegend Frauen betreffen: Die Play Strategy der City and County of Swansea und die Implementierung des Working for Families Fund des Glasgow City Council.

2.7 Oxfam begrüßt die Gelegenheit, Teil einer NAP-Interessensgruppe zu sein, die vom DWP gegründet wurde, um Organisationen aus dem ehrenamtlichen Sektor, einschließlich solcher, die eng mit armutserfahrenen Menschen zusammenarbeiten zu involvieren und mit Ministerien Informationen austauschen. Vor allem können Themen bezüglich sozialer Ausgrenzung zur Sprache gebracht werden, um das DWP im Laufe des Prozesses der Erstellung Nationaler Aktionspläne zu unterstützen. Das DWP hat gut besuchte Veranstaltungen organisiert, um eine Vielzahl von Interessensvertretern/innen zusammenzubringen. Einige der Teilnehmer/innen dieser Veranstaltungen waren Frauen, viele der zur Sprache gebrachten Themen bezogen sich speziell auf die Erfahrungen von Frauen und viele der bei diesen Veranstaltungen präsentierten Projekte und Regierungsinterventionen konzentrierten sich auf die Bedürfnisse von Frauen.

2.8 Obwohl bei all diesen Initiativen eine hohe Teilnahme von Frauen zu verzeichnen war, ist diese doch situativ und informell geblieben. Oxfams Erfahrungen mit der Unterstützung der Mitwirkung von Frauen an der Politikbeeinflussung im „Women’s Economic Empowerment“-Projekt in Schottland und im Laufe des „Voices of Experience“-Projekts⁶ zeigen auf, dass arme Frauen zusätzliche Unterstützung für die Aneignung von Wissen und Selbstvertrauen benötigen, um an Politikprozessen teilzuhaben. Frauen sind in Gemeindeguppen zwar oft gut vertreten, doch sind sie in der Minderheit, wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen. Frauenorganisationen machen etwa sieben Prozent des gesamten Ehrenamt- und Gemeindefektors aus, in LSPs (Lokale Strategische Partnerschaften) repräsentieren sie jedoch weniger als zwei Prozent der VertreterInnen aus dem ehrenamtlichen Sektor.⁷ Aufgrund unserer umfangreichen Tätigkeiten auf dem Gebiet der Regionalentwicklung in England wissen wir jedoch, dass geschlechtliche Gleichstellung bei der Dienstleistungsplanung und -erbringung zu besseren Ergebnissen für alle in der Gesellschaft führt – eine effektivere und gerechtere zielgerichtete Lenkung von Ressourcen führt zu einem Dienstleistungsangebot, das zugänglicher und angemessener ist, und zwar aufgrund eines genaueren Verständnisses der Bedürfnisse.

2.9 Oxfams Erfahrungen zufolge gewährleistet die Beteiligung von Frauen auf Graswurzelebene, dass die Probleme von Frauen zur Sprache gebracht und sichtbar gemacht werden. Das „Get Heard“-Projekt befasste sich zwar nicht ausschließlich mit Frauen, zeigte aber deutlich, dass dort, wo Frauen in Beratungen über Regierungspolitik involviert sind, die Auswirkungen von Politik sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik auf das komplexe Leben von Frauen zu Tage treten. Der „Get Heard“-Bericht hob die Belange von Frauen in einer Vielzahl politischer Bereiche hervor - von Steuervergünstigungen bis hin zur Unterstützung für Kinder und Jugendliche, von Unterstützungsleistungen bis hin zu Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten - und lieferte Material für eine Analyse von Regierungsinterventionen aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive.

Empfehlungen:

Entwickeln einer eindeutigen Strategie zur Gewährleistung der Beteiligung von Graswurzel- und gemeindenahen Frauenorganisationen am NAP-Prozess und Berichterstaten darüber im NAP 2010.

3. Frauen und soziale Ausgrenzung

3.1 In Großbritannien leben mehr Frauen als Männer in Armut. Frauen sind auch mit höherer Wahrscheinlichkeit von lang andauernder Armut betroffen. Diese Situation ist in den strukturellen Lebensbedingungen von Frauen begründet. Am Arbeitsplatz verdienen Frauen immer noch weniger als Männer, sind eher arbeitslos, Frauen arbeiten eher in Teilzeit und an schlechter bezahlten Arbeitsplätzen. Das Arbeitsmuster von Frauen wird oft durch ihre soziale Rolle geprägt: Frauen übernehmen eher unbezahlte Pflegeverantwortungen und viele leiten ihren eigenen Haushalt, ohne finanzielle Unterstützung, vor allem als Alleinerziehende und allein stehende Rentnerinnen. Der Ausschluss von ökonomischer und sozialer Beteiligung von Frauen im Alter kann auch in den geringen Rentenansprüchen von Frauen und ihrer sozialen Isolierung im Alter gesehen werden – Probleme, die durch die höhere Lebenserwartung von Frauen und dem erhöhten Risiko des Alleinlebens verschlimmert werden.

3.2 Dieses von Frauen erlebte Benachteiligungsmuster hat zur Folge, dass sie mit höherer Wahrscheinlichkeit sozialer Ausgrenzung begegnen, vor allem in wichtigen Lebensstationen (z.B. Geburt eines Kindes, Trennung, Ruhestand). Wenn die betroffenen Frauen einmal ausgegrenzt sind, ist gleichzeitig auch die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie von Regierungsinterventionen profitieren. Politik, die sich mit Armut und der sozialen Ausgrenzung von Frauen befasst, muss daher auf dem Verständnis des komplexen Bildes vom Leben von Frauen gegründet sein.

Aktive Einbeziehung fördern

3.3 Es gibt eine Fülle von Beweisen dafür, dass Frauen im Allgemeinen ein geringeres Einkommen als Männer haben. Fünfundzwanzig Prozent der Frauen leben in Armut⁸. Etwa 30 Prozent der Frauen haben ein Gesamt-, Netto- und verfügbares Einkommen von weniger als £100 pro Woche, das sind mehr als doppelt so viele wie der Gesamtanteil der Männer⁹. Im Durchschnitt verdienen Frauen 45 Prozent weniger als Männer pro Woche¹⁰. Frauen mit einer Vollzeitbeschäftigung verdienen durchschnittlich 17 Prozent weniger als Männer; bei Frauen mit Teilzeitarbeit liegt die Diskrepanz bei 40 Prozent¹¹. Die Konzentration von Frauen in speziellen Branchen trägt ebenfalls zum geringeren Einkommen von Frauen bei. Während zum Beispiel 79 Prozent (hauptsächlich niedrig bezahlter) Arbeitskräfte im Verwaltungs- und Sekretariatsbereich und 83 Prozent der Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich Frauen sind, sind lediglich neun Prozent der qualifizierten Fachangestellten und 31 Prozent der Führungskräfte und leitenden Beamten Frauen¹².

3.4 Die Gründe für die fortgesetzte Ausgrenzung benachteiligter Frauen vom Arbeitsmarkt sind komplex und spiegeln ein Wechselspiel von Faktoren wider, das in

einer Langzeitausgrenzung und einem Teufelskreis resultiert, der die weitere Ausgrenzung noch verschärft. Es bedarf einer Vielfalt von Lösungen, die proaktive mit neu überdachten und entwickelten Arbeitsmarktstrategien mit anhaltender Unterstützung der komplexen Bedürfnisse von Frauen, einer Fürsorge- und Arbeitsmarktreform und einer gestärkten Arbeitsmarktnachfrage nach hochqualitativen Arbeitsplätzen miteinander verknüpfen¹³.

3.5 Die Armut von Frauen ist eng verknüpft mit ihrem Familienstand und ihrer Pflegerolle, die Hindernisse für eine aktive Beteiligung am Arbeitsmarkt darstellen können. Frauen übernehmen eher Pflegeaufgaben und machen 90 Prozent der allein erziehenden Eltern aus; die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen aufgrund familiärer Verantwortlichkeiten erwerbslos sind, ist sieben Mal höher als bei Männern¹⁴. Selbst bei Ehepaaren sind es häufig die Frauen, die sich hauptsächlich um die Kinder kümmern¹⁵. Der fortwährende Mangel an ausreichender erschwinglicher, zugänglicher, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung ist ein weiteres Hindernis für am Arbeitsmarkt teilhabende Frauen; auf drei Kinder unter acht Jahren kommt nur ein registrierter Betreuungsplatz¹⁶ und 18 Prozent der allein erziehenden Eltern berichten, dass sie nicht arbeiten, weil sie sich keine Kinderbetreuung leisten können¹⁷.

Empfehlung:

Sofortige Maßnahmen zur Durchsetzung einer Gesetzgebung für gleiche Entlohnung sind zu ergreifen; die Verfügbarkeit erschwinglicher Kinderbetreuungsplätze sind zu erhöhen; das Beihilfesystem sollte so umgestaltet werden, dass es mit einem flexiblen Arbeitsmarkt vereinbar ist.

3.6 Die Ausgrenzung von Frauen von lokalen Arbeitsmärkten wird durch die traditionelle Zuordnung der Geschlechterrollen in der Karriereberatung verschärft. Im Laufe des Projekts „Routes to Work South“ in South Lanarkshire arbeitete Oxfam mit örtlichen Beratungs- und Betreuungsdiensten zusammen. BeraterInnen wurde aufgezeigt, wann die geschlechtliche Stereotypisierung Frauen in schlecht bezahlte Arbeits- und Schulungsprogramme lenkte, durch die sich ihre Arbeitsplatzchancen auch nur mit geringer Wahrscheinlichkeit verbesserten. Die BeraterInnen drängten Männer und Frauen zwar nicht offen in stereotype Schulungsmaßnahmen und Arbeitsplätze, doch stellten sie die Wahrnehmung der Klienten/innen bezüglich ihrer Fertigkeiten und Fähigkeiten oder ihre Ansichten und Einstellungen zur Arbeit nicht aktiv in Frage; als junge Männer in einem Fertigungslehrgang gefragt wurden, weshalb keine Mädchen an diesem Lehrgang teilnahmen, sagten sie „Mädchen mögen Kinder und Betreuungsarbeit ist leichter“. Im Rahmen des Projekts machten fünf Mädchen testweise ein Berufspraktikum in einer Tischlerei. Sie sagten, sie hätten im Laufe des Berufspraktikums an Selbstvertrauen gewonnen und würden es anderen empfehlen. Durch die duale Methode der Zusammenarbeit mit Klient/innen und Anbieter/innen konnte das Projekt zwei Seiten der Beschäftigungsprobleme in dem Gebiet angehen.

Empfehlung:

Entwickeln lokaler Beschäftigungsinitiativen, um Frauen und Männern Gelegenheiten zum Ausbauen ihrer Fähigkeiten zu bieten, und gezielter „Outreach“ an alle Mitglieder der Gesellschaft.

3.7 Die Regierung hat zwar die Notwendigkeit für eine gezielte Unterstützung bestimmter Gruppen, zu denen viele Frauen gehören, erkannt (wie der New Deal for Lone Parents), doch befassen sich diese Initiativen nicht mit dem Erfordernis, dass alle Arbeitsförderungsdienste und Arbeitspolitiken das reale Leben benachteiligter Frauen anerkennen. Im Rahmen einer Beurteilung des Redcar and Cleveland Job Connect Service durch Oxfam und das South Bank Women's Centre wurde untersucht, inwiefern ein geschlechtsneutraler Service den unterschiedlichen Bedürfnissen von Männern und Frauen entspricht. Gemäß dieser Studie hatten Männer und Frauen, nachdem sie den Service erst einmal in Anspruch genommen hatten, ähnliche Erfolgsraten einen Arbeitsplatz zu bekommen. Jedoch war der Erstkontakt und Zugang zu Job-Connect-Diensten war bei Frauen weit geringer. Frauen waren weniger erfolgreich bei der Erlangung eines Ausbildungsplatzes durch Job Connect und waren weniger imstande, finanzielle Unterstützung durch den Service zu erhalten. Im Rahmen der Studie stellte man außerdem fest, dass Frauen eher andere Kanäle als Arbeitsvermittlungsstellen bei der Suche nach Arbeit nutzten und eher einer Stereotypisierung bei den durch Job Connect angebotenen Arbeitsstellen erfuhrten.

Empfehlung:

Beobachtung von den angebotenen Arbeitsvermittlungsdienste aller Agenturen, ob öffentlich oder privat, um zu gewährleisten, dass sie an den Bedürfnissen von Frauen und Männern entsprechen und diese erfüllen.

Kinderarmut beenden

3.8 In Großbritannien sind Frauen derzeit alleine aus dem Grund ein Kind zu haben stärker armutsgefährdet. Die britische Regierung hat sich dazu verpflichtet, Kinderarmut bis zum Jahr 2020 zu beseitigen. Die Regierung wird dieses Ziel nur dann erreichen, wenn sie die strukturellen Ursachen von Kinderarmut angeht, an deren Spitze die Armut von Müttern steht. Oxfam merkt an, dass zwei der im Haushaltsplan 2008 angekündigten Hauptmaßnahmen zur Beseitigung von Kinderarmut (Erhöhung des Kindergeldes und des Steuerfreibetrags für Kinder) an die Hauptbetreuungsperson gehen - und daher in den meisten Fällen direkt in die Brieftasche von Frauen anstatt die der Männern. Diese Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um das Ziel der Halbierung von Kinderarmut bis 2010 zu erreichen.

3.9 Die meisten der in Armut lebenden Kinder wohnen entweder in Haushalten mit allein erziehenden Müttern oder in Haushalten, in denen die Mutter kein Einkommen hat. Familien, in denen der Vater arbeitet und die Mutter nicht, machen 34 Prozent der in Armut lebenden erwerbstätigen Familien aus¹⁸. Untersuchungen zufolge verbringen selbst in Haushalten mit zwei Elternteilen Frauen mit Vollzeitbeschäftigung fast 30 Prozent mehr Zeit mit der Kinderbetreuung pro Tag als Männer mit Vollzeitbeschäftigung¹⁹.

Empfehlung:

Aufnehmen einer Strategie, die sich mit der Armut von Frauen befasst, in die Regierungsstrategie zur Beseitigung von Kinderarmut. In diesem Zusammenhang ist die Nachfrage von Frauen nach einem sicheren und doch flexiblen Arbeitsplatz zu behandeln.

3.10 Mit der Geburt eines Kindes sind für Frauen oft finanzielle Nachteile und ein anhaltender Karriereabstieg verbunden. Obwohl seit Jahrzehnten Antidiskriminierungsgesetze in Kraft sind, bestehen negative Einstellungen und Diskriminierung durch ArbeitgeberInnen fort; jedes Jahr verlieren 30.000 Frauen ihren Arbeitsplatz, weil sie schwanger sind²⁰. Mehr als 60 Prozent der weiblichen Arbeitskräfte gehen in den zehn Jahren nach der Geburt ihres ersten Kindes einer Teilzeitbeschäftigung nach, allerdings haben weniger als 10 Prozent der weiblichen Arbeitskräfte eine Teilzeitstelle in den Jahren vor der Geburt ihres Kindes²¹. Es besteht außerdem eine allgemeine Tendenz in Richtung nicht dauerhafter und nicht aufsichtsführender Positionen für Frauen nach der Geburt ihres Kindes²².

Empfehlung:

Überwachen und Durchsetzen der Ausführung von Arbeitsgesetzen, um die Erfüllung von Mutterschaftsrechten zu verbessern und die Diskriminierung gegen schwangere Frauen und Frauen mit Kinderbetreuungsverantwortungen zu beenden; im britischen NAP 2010 ist über den Fortschritt zu berichten.

Zugang zu Dienstleistungen verbessern

3.11 Für Männer und Frauen in benachteiligten Gemeinden geht der Bedarf an einem effektiven Dienstleistungsangebot über die Arbeitsförderung hinaus. Innerhalb des (Regional-)Entwicklungsprogramms der Regierung wurden umfangreiche Investitionen gezielt in benachteiligten Gemeinden mit dem Schwerpunkt eingesetzt, das Dienstleistungsangebot zu verbessern und Gemeinden in die Planung von Verbesserungen einzubeziehen. Im Rahmen von Oxfams Tätigkeiten auf dem Gebiet Geschlechter und Regionalentwicklung (ReGender-Projekt) wird mit Ortsgemeinden und Regionalentwicklungsfachkräften zusammengearbeitet, um den Bedarf an Entwicklungsbedarf zu untersuchen und zu demonstrieren und die verschiedenen Möglichkeiten zu berücksichtigen, in denen Frauen und Männer Armut erleben.

3.12 Öffentliche Verkehrsmittel sind wichtige Dienstleistungen, die von Frauen und Männern oft sehr unterschiedlich genutzt werden, doch wird dieser unterschiedliche Bedarf von den Planern/innen häufig übersehen. Oxfam arbeitete mit dem Beacon Women's Network im East Manchester New Deal for Communities area zusammen, um die Probleme von Frauen mit Nahverkehrsdiensten zu untersuchen. Das Projekt ermittelte Buslinien, die Wohngebiete und lokale Einrichtungen nicht miteinander verbanden, hohe Fahrpreise, unangemessene Vorkehrungen für mitgeführte Einkäufe und begrenzten Zugang zu neuen Erschließungen und Einrichtungen wie Sportzentren und Geschäfte hatten. Eine Frau sagte, dass sie und andere Frauen sich „wie Gefangene auf ihrem eigenen Grundstück fühlen“. Die Gruppe brachte diese Probleme beim NDC erfolgreich zur Sprache, und das örtliche Health and Well Being Network befasst sich jetzt ganz selbstverständlich mit dem Transportangebot.

Empfehlung:

Durchführen einer „Gender Impact“-Analyse im Frühstadium des Dienstleistungsentwurfs, um zu gewährleisten, dass das Dienstleistungsangebot den verschiedenen Bedürfnissen aller Mitglieder der Gesellschaft gerecht wird.

Gleichstellung fördern und Diskriminierung beenden

3.13 Die Gender Equality Duty (Pflicht zur Geschlechtergleichstellung - GED) ist die bedeutendste Gelegenheit für den öffentlichen Sektor seit einer Generation, den Themen Geschlechter und Armut Rechnung zu tragen, da sie Behörden die Verantwortung auferlegt, die Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern und die Geschlechterdiskriminierung gegen alle Frauen zu beseitigen. Die Einführung der GED baut auf den Fortschritten zahlreicher Lokalbehörden auf, setzt aber darüber hinaus öffentliche Stellen zur Überprüfung öffentlicher Dienste voraus, um zu gewährleisten, dass Dienstleistungen auf gleichberechtigter Basis erbracht werden. Gemäß einer „Equal Opportunities Commission“-Studie²³ über die Umsetzung der GED in öffentlichen Stellen, waren viele der für Gender Impact Assessments (Prüfung der Auswirkungen von politischen Maßnahmen sowie von alltäglichem Verwaltungshandeln auf Männer und Frauen sowie auf Geschlechterverhältnisse) und die Umsetzung der GED benötigten Ressourcen bereits verfügbar und Lokalbehörden brauchten lediglich diese Ressourcen zu identifizieren, um Gender Equality Schemes (Geschlechtergleichstellungsprogramme - GES) zu entwickeln und zu überwachen. Im Rahmen einer Studie der Local Strategic Partnerships in England im Jahre 2007²⁴ stellte man jedoch fest, dass, obwohl 70 Prozent die GED kannten, keine ein GES entwickelt wurden (einige zogen dies in Betracht, allerdings ohne unmittelbare Priorität).

Empfehlung:

- **Das DWP sollte mit Dienstleistungsanbietern/innen örtlicher Behörden vor allem auf den Gebieten Arbeitsvermittlung und soziale Einbeziehung zusammenarbeiten, um aktiv Informationen darüber zu sammeln, inwiefern Frauen unter Benachteiligung und Diskriminierung leiden.**
- **Sammeln von Informationen über den Fortschritt bei der Umsetzung von Gender Equality Schemes und darüber im NAP 2010 berichten.**

3.14 Die GED verpflichtet öffentliche Stellen, sich mit ArbeitnehmerInnen, DienstnutzerInnen und anderen zu beraten, gibt jedoch keine Anleitung wie dies gewährleistet werden kann, dass die soziale Einbeziehung aussagekräftig ist. Die langen Erfahrungen von Oxfam bei der Entwicklung und Unterstützung partizipativer Herangehensweisen bei Entscheidungsprozessen haben gezeigt, dass Beratung kein Ersatz für aussagekräftige Einbeziehung ist, die Informationen, Feedback und Gelegenheiten für Gemeinden zur Festlegung des Programms in Partnerschaft mit EntscheidungsträgerInnen erfordert. Der Geschäftsfall hierfür ist offensichtlich: Investitionen in aussagekräftige Einbeziehung von Gemeinden zu Beginn des Planungsprozesses resultieren in der Bereitstellung von angemesseneren, effektiven Dienstleistungen mit einer besseren Inanspruchnahme durch DienstnutzerInnen. Oxfams Arbeit mit gemeindenahen Frauengruppen²⁵ hat aufgezeigt, dass, wenn Frauen an der Festlegung des Programms beteiligt sind, frauenspezifische Themen von EntscheidungsträgerInnen effektiver angegangen werden.

Empfehlungen:

- **Öffentliche Stellen, die für die Erstellung von Gender Equality Schemes zuständig sind, stellen Nachweise darüber bereit, wie sie aktiv die**

Mitwirkung von Frauen mit sozialen Ausgrenzungserfahrungen und gemeindlichen Frauenorganisationen unterstützen.

- **Einbinden der Gleichstellungsprüfung von Politik und Diensten durch Eingliederung in den Local Authority Performance Indicators Set (Leistungsindikatorenansatz von Lokalbehörden) und diese im Rahmen der neuen Comprehensive Area Assessment (umfassende Bereichsbeurteilung) überprüfen.**
- **Die Kommission für Gleichberechtigung und Menschenrechte sollte eine Prüfung der Gender Equality Schemes der Lokalbehörden durchführen und im NAP 2010 darüber berichten.**

¹ *Monitoring poverty and social exclusion 2007* Joseph Rowntree Foundation, York

² *Shaping a Fairer Future*, Women and Work Commission 2006

³ Escott K and Buckner L, *Addressing women's poverty: local labour market initiatives synthesis report*, Sheffield Hallam University, 2008

⁴ *People Experiencing Poverty Speak Out on Social Exclusion* available to view at <http://www.ukcap.org/getheard/pdf/Get%20Heard%20report%202nd%20print.pdf>

⁵ Mackenzie, S and Kelly, P, *From the Local to the National: Bridging the Policy Gap in Social Inclusion* The Poverty Alliance, February 2008

⁶ "Raising Voices: Training for empowerment for women experiencing poverty in Britain", *Learning for Action on Women's Leadership and Participation (Programme Insights Series)* Oxfam, 2007

⁷ Gudnadottir E, Smith S, Robson S and Corry S, *Where are the Women in LSPs? Women's representation in Local Strategic Partnerships* Urban Forum, 2007

⁸ Bradshaw et al *Gender and Poverty* EOC, 2003

⁹ *Individual incomes of men and women 1996/7-2004/5* Women & Equality Unit DWP, May 2006

¹⁰ *ibid*

¹¹ ONS 2006

¹² ESRC fact sheet on social mobility

¹³ Escott K *From Getting By to Getting On: Women's employment and local regeneration programmes* RENEW Northwest Intelligence Report, Sheffield Hallam University and Oxfam, November 2007

¹⁴ Bellamy K and Rake K, *Money, Money, Money: Is it still a rich man's world? An audit of women's economic welfare in Britain today* The Fawcett Society, 2005

¹⁵ Research shows that women in full-time employment spend nearly 30% more time on childcare every day than men in full-time employment: Bellamy and Rake *ibid*

¹⁶ Daycare Trust *Chilcare Today: A progress report on the government's ten year strategy* Daycare Trust, 2006

¹⁷ Lyon N, Barnes M and Sweiry D *Families with children in Britain: Findings from the 2004 Families and Children Study* DWP Research Report No. 340 Leeds: Corporate Department Services, 2006

¹⁸ Derived from: Chung R et al *Family Resource Survey 2004/05* 2006 ONS; and p47 Harker, L *Delivering on Child Poverty: what would it take?* DWP, 2006

¹⁹ Bellamy and Rake *ibid*

²⁰ *Greater expectations: EOC's investigation into pregnancy discrimination* EOC, 2005

²¹ Brewer M and Paull G *Newborns and new schools: critical times in women's employment* DWP, 2006

²² *ibid*

²³ *The Gender Equality Duty in Wales: Thirty authorities pilot the duty* EOC, January 2007

²⁴ Gudnadottir et al *ibid*

²⁵ *Gender and the Reality of Regeneration: A Tale of Two Cities Conference Report* Oxfam 2004